TERMINE

- **Mitgliederversammlungen:**
  Di 22. Oktober, Muri
  jeweils ab 19:15 Uhr
- **DV Grüne Schweiz:**
  31. August, 2. November
- **Abstimmungstermine:**
  19. Mai
  20. Oktober
  24. November
- **Nationale Wahlen:**
  20. Oktober: Nationalratwahlen und erster Wahlgang Ständerat
  24. November: zweiter Wahlgang Ständerat
- **Nationaler Frauenstreik:**
  14. Juni
- **Grüner Stammtisch Baden:**
  12. Mai zum Thema OASE
  11. September mit Ruedi Dietiker
  20. November (Thema noch offen)
  jeweils ab 19 Uhr, Ort siehe Website

JUNGE GRÜNE

ES GIBT KEINE ARBEITSPLÄTZE AUF EINEM TOTEN PLANETEN

Nicola Bossard, Co-Präsident Junge Grüne und Klimastreikender der ersten Stunde ▸ Am Klimastreik-Podium im Naturama in Aarau hatte ich die Gelegenheit, FDP-Nationalrat Thierry Burkart eine unangenehme Frage zu stellen. Seine Antwort darauf hat mich erschüttert.

Es geht dabei um einen fundamentalen Aspekt unserer Klimastreiks, und wir müssen jetzt darüber reden. Zuvor hatte ein Zwischenruf für Aufsehen gesorgt: «Es gibt keine Arbeitsplätze auf einem toten Planeten!» Der Ruf schaffte es schliesslich sogar auf die AZ-Titelseite, und er war meine Antwort auf das ewige 'Wirtschaft, Wachstum, Arbeitsplätze'-Mantra von SVP und FDP.

Dazu muss ich sagen: ich spiele nicht gern den Weltuntergangspropheten. Allerdings: Die Debatte war bis jetzt sehr oberflächlich geblieben – der Grossteil der Diskutierenden schien den Ernst der Lage nicht annähernd zu verstehen.

«Über ein Thema, das mir und vielen anderen Klimastreikenden am meisten Sorgen bereitet, haben wir bis jetzt noch gar nicht gesprochen.», fuhr ich also fort. «Und mich nähme jetzt wunder, ob Sie, Herr Burkart, uns kurz erklären können, was unter Positiven Feedback-Loops, beziehungsweise Tipping-Points, verstanden wird.»

Du hast noch nie davon gehört? Ich mache dir keinen Vorwurf. Ich habe davon noch in kaum einer Zeitung gelesen. Kaum jemand sprach bis jetzt davon. Aber die 1.5-Grad-Grenze hat einen konkreten Grund: Wir drohen über diesem Wert einen Tipping-Point – einen Klima-Kipp-Punkt - zu überschreiten. «Ich muss ehrlich zugeben: ich weiss nicht, was das sein soll», werden viele hier immer noch sagen - und so kam es jetzt auch von Thierry Burkart zurück.

Das hatte ich in dieser Absolutheit ganz ehrlich nicht erwartet. Alle Expert*innen, die sich gründlich mit der Thematik befasst haben, können Dir sagen: Es gibt gegenwärtig KEIN dringenderes Problem als die globale Klimakrise. Jede*r Politiker*in, der oder die von der Bevölkerung den Auftrag bekommen hat, die Schweiz sicher in die Zukunft zu navigieren, sollte sich also eingehend mit der Erderhitzung beschäftigt haben. Ich machte also den Versuch:

«Ein Positives Feedback, das tönt jetzt eigentlich noch nett. Aber es ist absolut beängstigend. Es bedeutet, dass sich das Klima von selber zu erhitzen beginnt. Ein einfaches Beispiel ist die abtauende Arktis: Helles Eis reflektiert, schwarzes Wasser hingegen absorbiert einfallendes Licht. Je weniger Eis, desto grösser die Erhitzung. Und da das arktische Meereis unterdessen um die Hälfte abgenommen hat, macht dieser Effekt alleine einen Fünftel der globalen Erhitzung aus. Neben dem abtauenden Eisschild sind mehr als ein Dutzend anderer solcher Prozesse bekannt, und viele treiben sich gegenseitig an.

Beim Überschreiten der 1.5-Grad-Grenze rechnen wir so mit zusätzlichen 68 bis 508 Milliarden Tonnen Kohlenstoff, die in die Atmosphäre entweichen. Zum Vergleich: Bis jetzt sind wir bei 430 Milliarden Tonnen menschlichen Emissionen.

Der Tipping Point bezeichnet den Punkt, an dem das Klima durch solche natürlichen Rückkopplungen ausser Kontrolle gerät, und auch ein sofortiger Emissionsstopp unsererseits die Erhitzung nicht mehr bremsen kann. Das Klima kippt in einen neuen Zustand, eine neue Heisszeit, und bleibt dort. Die 1.5-Grad-Grenze ist also nicht einfach ein Nice-to-Have. Sie ist notwendig, um die Klimaerhitzung mit genügend grosser Sicherheit zu stoppen, bevor diese ausser Kontrolle gerät.»

Etwa so habe ich dann im Naturama mein Votum beschlossen. Warum ich das euch doch schon überzeugten Menschen an den Kopf werfe? Es ist für viele von uns möglich, noch einen Gang hochzuschalten. Auch mal mit Freunden über diese Dinge zu sprechen, welche sonst eher nicht so grün sind. Sie zu überzeugen, an die nächste Demo mitzukommen. Und im Herbst an die Urne zu gehen. Weil es ist an der Zeit, für unser Anliegen so richtig laut zu werden. Weil es um alles geht. Weil es unsere letzte Chance ist. ■

IMPRESSUM
Der Grüne Rundbrief ist das Publikationsorgan der Grünen Aargau. Herausgeberin: Grüne Aargau
Design: fischerdesign.ch, Würenlingen
Druck: Effingermedien AG, Brugg
Cyclus Print, 100% Recyclingpapier. Die Produktion erfolgt klimaneutral und mit erneuerbarer Energie.
Fotos, wo nichts erwähnt: Grüne Aargau

Klimaneutral Druckprodukt ClimatePartner.com/53213-1901-1003

RECYCLED Papier aus Recyclingmaterial FSC® C002005 www.fsc.org

P.P.
CH-5400 Baden
DIE POST

APRIL – NR. 2 / 2019

RUNDBRIEF DER GRÜNEN AARGAU

GRÜNE AARGAU

Titelbild: Ben Zumbühl. Foto unten links: Komitee JA zum Waffenrecht und Schengen/Dublin. Unten rechts: Grüne Schweiz.

THEMA

FRAUENSTREIK- UND FRAUENWAHLJAHR

Fast ein halbes Jahrhundert nach Einführung des Frauenstimmrechts ist unser Parlament noch immer überwiegend männlich. Von Lohngerechtigkeit und gleichen Chancen am Arbeitsplatz sind wir weit entfernt. Deshalb streiken wir Frauen am 14. Juni, und am 20. Oktober wählen wir. ▸ *Seite 2*

Robert Obrist und Magdalena Küng über das Waffengesetz und die Steuer-/AHV-Vorlage. ▸ *Seite 3*

Umweltwissenschafts-Student Nicola Bossard über Klimapodien und fehlendes Fachwissen. ▸ *Seite 4*

- **STEUERWETTBEWERB:**
  Robert Obrist über die kantonale Umsetzung der Steuervorlage
  grueneaargau.ch/staf
- **KANTONALE IMMOBILIEN:**
  Andreas Fischer fordert konsequente Sanierungen
  grueneaargau.ch/immobilien

MEHR LESENSWERTES UNTER

grueneaargau.ch
@gruene_aargau
@gruene_aargau
facebook.com/grueneaargau

AMUSE-BOUCHE

DIE GRÜNE WELLE ROLLT WEITER

Geschätzte Grüne und SympathisantInnen

Bei den Wahlen in Zürich, Luzern und Basel-Land konnten die Grünen erfreulicherweise massiv zulegen. Das Thema Klima ist bei der Bevölkerung angekommen und die Vorzeichen stehen sehr gut für die Wahlen im kommenden Herbst. Die Wahlen werden aber kein Selbstläufer und es liegt nun an uns, der Bevölkerung aufzuzeigen, weshalb wir beim Klimaschutz dringend vorwärts machen müssen und welche Lösungen wir bieten. Eine dieser Lösungen ist unsere Initiative «Klimaschutz braucht Initiative». Wir wollen da die nötigen Unterschriften in Rekordzeit sammeln und so einen bewegten und aktiven Wahlkampf starten. Wir haben die Argumente auf unserer Seite.

Gruess
Euer Präsi, Daniel Hölzle

THEMA

MACHEN WIR 2019 ZUM FRAUEN-STREIK- UND FRAUENWAHLJAHR!

In Politik, Wirtschaft und Gesellschaft haben Frauen noch immer nicht den Platz, der ihnen zusteht. Das muss sich ändern. 2019 ist die Chance, einen grossen Sprung zu machen.

Irène Kälin, Nationalrätin ▸ Frauen und junge Eltern sind in der Politik noch immer untervertreten. Das Bundeshaus und die Sitzungszeiten sind nicht auf Parlamentarier*innen mit Kindern abgestimmt. Die dreiwöchigen Sessionen mit ihren langen Tagen sind nicht familienfreundlich. Das wunderschöne Bundeshaus hat zwar ein Raucherzimmer, kennt aber kein Wickelzimmer, geschweige denn ein Stillzimmer. Es gibt auch keine Bundeshaus-Kita und keinen Hort. Das Bundeshaus ist männlich – Frauen nicht vorgesehen, Mütter schon gar nicht. Auch engagierte Väter haben es schwer.
Deshalb braucht es nicht nur mehr Job-Sharing, mehr Teilzeitstellen für Männer, mehr Frauen in den Chefetagen, mehr Elternzeit und günstigere Krippenplätze. Nein, es braucht auch ganz einfach mehr Frauen in der Politik. Denn letztlich sind es insbesondere wir Frauen, die unter der heutigen Unvereinbarkeit von Familie und Beruf ächzen. Und die etwas ändern wollen. Und die Politik ist der Ort, an dem sich was ändern muss!

14. Juni – Frauenstreik
Darum werden wir am 14. Juni 2019 streiken. Wir bestreiken die bezahlte Arbeit, die Hausarbeit, die Sorgearbeit, die Schule, den Konsum. Denn wenn Frau will, steht alles still. Auf dass unsere Arbeit sichtbar werde, unsere Forderungen gehört werden, der öffentliche Raum uns allen gehöre und wir kurzfristig zeigen, was wir langfristig wollen: Den Teil vom Kuchen, der uns zusteht! Geschlechtergerechtigkeit! Denn es läuft etwas schief, wenn Frauen mehr unbezahlte Arbeit leisten, weniger in der Pensionskasse haben und öfters von Altersarmut betroffen sind als Männer. Es ist ein Skandal, dass Müttern gekündigt wird, wenn sie nach der Geburt ihres Kindes an den Arbeitsplatz zurückkommen. Es ist ein Skandal, dass 23 Jahre nach Einführung des Gleichstellungsartikels Frauen noch immer massiv weniger verdienen als Männer. Und es ist absolut unverständlich, dass 48 Jahre nach Einführung des Frauenstimmrechts Frauen noch immer massiv untervertreten sind in der Politik. Was auch immer dein persönlicher Grund ist: Es lohnt sich, gemeinsam die Stimme zu erheben und zu streiken. Unter www.frauenstreik-aargau.ch findest du, wann und wo in deiner Region die Frauen sich versammeln. Informiere dich und sei dabei. Unsere Enkeltöchter haben es verdient, dass wir heute die Weichen stellen, damit sie übermorgen unseren Enkelsöhnen ganzheitlich gleichgestellt sind.

20. Oktober – Nationale Wahlen
Und deshalb ist es wichtig, dass das Frauenstreikjahr auch ein Frauenwahljahr wird. Denn wenn der Frauenanteil in Bundesbern fast ein halbes Jahrhundert nach der Einführung des Frauenstimmrechts noch immer bei beschämenden 15 Prozent im Ständerat und bei 33 Prozent im Nationalrat rumdümpelt, dann hat die aktuelle Politik versagt. Und wenn mich das Stillen als junge Mutter auch 2019 im Bundeshaus noch zur Exotin macht, dann müssen wir das ein für alle Mal ändern. Und das werden wir. Wir haben eine geschlechtergerechte Nationalratsliste mit 8 Frauen und 8 Männern. Die Frauen stehen vorne, denn es braucht einen Extraschub Frauen in der Politik. Und wir haben eine ausgezeichnete Ständeratskandidatin, denn besonders in der kleinen Kammer sind die Frauen so sehr untervertreten, dass es eine Schande ist. Deshalb lohnt es sich im Herbst grün zu wählen. Denn die Klimawahl ist auch eine Frauenwahl. Für uns. Für die Zukunft unserer Kinder. Gleichberechtigt und enkel*innentauglich. ■

FAULER KOMPROMISS

NEIN ZUR STEUERVORLAGE STAF!

Die Schweiz muss aufgrund von neuen internationalen Standards der OECD und auf langjährigen Druck der EU die international nicht mehr tolerierten privilegierten Steuerregimes abschaffen. Die Staatengemeinschaft reagiert damit endlich auf die von verschiedenen Ländern geschaffenen Schlupflöcher und versucht, den ruinösen Wettbewerb zwischen ihnen zu bremsen.

Robert Obrist, Fraktionspräsident ▸ In der Schweiz wurde eine erste Vorlage, die Unternehmenssteuerreform III, im Februar 2017 vom Schweizer Stimmvolk mit rund 59 % Nein-Stimmen abgelehnt. Wir Grünen sagten praktisch geschlossen Nein, die SP-Anhänger zu 84%. Hauptgrund der Ablehnung war die begründete Befürchtung, dass Steuerausfälle in Milliardenhöhe zu einem massiven Abbau der Leistungen der öffentlichen Hand führen. Das wird sich mit der neuen Vorlage nicht ändern. Der Wein ist derselbe, nur der Schlauch hat geändert. Nach wie vor will die Schweiz und wollen viele Kantone im internationalen Steuerwettbewerb mitmischen, und zwar an der Spitze. Um die internationalen Standards einzuhalten, sollen die Unternehmenssteuern für die bisher nicht privilegierten Unternehmen gesenkt und eine Reihe weiterer, heute noch tolerierter, Schlupflöcher geschaffen werden.
Wir Grüne fordern eine Finanzmarktpolitik, welche eine nachhaltige Wirtschaft, einen sicheren Arbeitsmarkt und den Schutz der Lebensgrundlagen ins Zentrum rückt. Die Finanzmärkte müssen mit Hilfe von klaren und verbindlichen Regeln reformiert und in den Dienst der Gesellschaft und der Realwirtschaft gestellt werden. Wir wollen Finanzmärkte, die ökologisches Wirtschaften und soziale Verantwortung fördern. Die in der Vergangenheit entwickelte Kultur, die Schweiz als Steueroase für Unternehmen und Einzelpersonen attraktiv zu machen, lehnen wir ebenso ab wie den interkantonalen Steuerwettbewerb. Deshalb NEIN am 19. Mai! ■

ETWAS MEHR VERNUNFT

JA ZUR ÜBERNAHME DES WAFFENRECHTS

Die Anpassung des Waffenrechts ist ein kleiner Schritt in Richtung mehr Sicherheit. Der Widerstand kommt nicht überraschend, unverständlich bleiben die Argumente der Gegner dennoch.

Magdalena Küng, GSoA-Sekretärin und Nationalratskandidatin ▸ Die EU hat als Reaktion auf die Terroranschläge in Paris im Herbst 2015 beschlossen, das Waffenbesitzrecht für Privatpersonen zu verschärfen. Als Mitglied des Schengenraums ist die Schweiz angehalten, diese Anpassung übernehmen und hat sich aktiv an Ausarbeitung der Vorlage beteiligt – als Land mit einer der grössten Suizidrate durch Schusswaffen sind wir tatsächlich aber eher spät dran mit einer Verschärfung des Waffenrechts. Denn auch wenn die Anpassungen minimal sind, bieten sie einen kleinen Schritt in Richtung mehr Schutz vor Waffengewalt.
Das Referendum gegen die Revision des Waffenrechts nimmt eine automatische Einstellung der Schengen-Mitgliedschaft in Kauf und riskiert damit, alle Vorteile, die die Schweiz dank ihrer Teilnahme am Assoziierungsabkommen geniesst, mit einem Schlag zu verlieren. Während die Gegner der Revision sich darauf konzentrieren, die ewig selbe Leier vom «Diktat der EU» zu betonen, verschliessen sie vor einer unschönen Tatsache die Augen: Die grosse Verfügbarkeit von Schusswaffen ist elementarer Faktor der hohen Tötungsrate bei Gewalt im häuslichen Umfeld und bei Suiziden. Die meist verwendeten Tatmittel im familiären Bereich sind zwar Schneid- oder Stichwaffen, Schusswaffen führen aber weitaus häufiger zum Tod der Opfer. Dabei ist klar, dass sowohl im Falle von Suiziden wie auch bei häuslicher Gewalt die Prävention nicht auf die Verschärfung des Waffenrechts eingeschränkt bleiben darf. Waffen sind aber leider genau dort gefährlich sind, wo sie sich befinden. In der Schweiz sind das häufig die eigenen vier Wände.
Bei der Übernahme der Waffenrechtlinie ins Schweizer Waffenrecht geht es in keiner Weise um Einschränkung irgendwelcher Traditionen. Mehr noch: Es geht überhaupt nicht um Traditionen, auch wenn die Gegner der Verschärfung dies proklamieren. Vielmehr geht es um die Weiterführung der Zusammenarbeit mit den anderen Schengen-Staaten und den Schutz aller vor unnötiger und vor allem verhinderbarer Waffengewalt. Das muss über jeglichem Romantisieren von liberalen Waffengesetzen stehen. ■

PAROLEN AM 19. MAI

- **NEIN** zur Steuer-/AHV-Vorlage
- **JA** zur Übernahme des Waffenrechts